

# Digital-Uni: Standort Linz fix, Vollbetrieb 2024

Teilweiser Start der neuen TU 2023; vier Bachelor- und vier Master-Studiengänge; JKU spielt tragende Rolle

**LINZ.** Die in Oberösterreich geplante Digital-Uni wird in Linz errichtet, am Standort der Kepler-Universität (JKU). Diese Entscheidung gaben am Freitag Bildungsminister Martin Polaschek und Landeshauptmann Thomas Stelzer bekannt – bei einer Videokonferenz mit Wirtschaftslandesrat Markus Achleitner (alle VP) und dem Leiter der TU-Konzeptgruppe Gerhard Eschelbeck (der frühere Google-IT-Sicherheitschef war aus Kalifornien zugeschaltet). Auch Wels, Steyr und Leonding hatten sich Hoffnungen auf die Ansiedlung gemacht. Die JKU wird den Aufbau der Technischen Universität (TU) für Digitalisierung und digitale Transformation maßgeblich unterstützen – personell, organisatorisch und räumlich.

Der Vollbetrieb ist für das Studienjahr 2024/25 geplant. Im Herbst 2023, dem bisher genannten Ziela-



Thomas Stelzer (Weinbold)



Gerhard Eschelbeck (Land/Kraml)

tum, werde es zum Teil schon Lehrangebote geben, sagte Polaschek. Man werde am 1. Oktober 2023 aber „noch nicht alle Professoren an Bord“ haben. Die Ausschreibungen erfolgen auf Basis des TU-Errichtungsgesetzes, das bis Sommer 2022 in Kraft treten soll. Laut Stelzer geht es 2023 mit Forschung und Doktoratsstudenten los.

Im Vollausbau sollen 5000 Studenten an der TU lernen. Alle werden in den ersten drei Semestern die Grundlagen der Digitalisierung erlernen. Darauf aufbauend erfolgt die Spezialisierung in den Bachelor-Studierrichtungen „Digital Creativity“, „Digital Entrepreneurship“, „Digital Systems“ und „Digital Engineering“. Als Master sind „Digital Inno-

vation“, „Digital Production and Processes“, „Digital Interaction“ und „Digital Sustainability“ geplant. Das steht im Strategiepapier der aus Experten zusammengesetzten Konzeptgruppe, die mehr als 20 Mal virtuell und zwei Mal physisch tagte. Eschelbeck betonte unter anderem die „Interdisziplinarität“ der TU.

Mit anderen Hochschulen im Land, Wirtschaft, Industrie, Nichtregierungsorganisationen und Kunst soll kooperiert werden. Vom ersten Tag des Studiums an sollten Studenten in die Praxis eingebunden werden, so Eschelbeck. Der Campus werde identitätsstiftend sein, daneben soll es „Pop-up-Außenstellen“ in und außerhalb von Linz geben, die flexibel eröffnen können. Eschelbeck avisiert „flache Hierarchien und rasche Entscheidungen“.

Bis Herbst wird ein Gründungskonvent mit neun Mitgliedern ein-

gerichtet. Die TU sei eines der bedeutendsten wissenschaftspolitischen Entwicklungsprojekte der vergangenen Jahre, sagte Polaschek. Die Umsetzung sei ein gemeinsamer Kraftakt. Die Rektoren anderer Unis hätten Bedenken wegen budgetärer Folgen gehabt, so der Ex-Rektor Polaschek, diese seien aber ausgeräumt. Der Bund budgetiert zunächst 20 bis 25 Millionen Euro pro Jahr für die neue TU.

Die TU nehme konkrete Formen an, sagte Stelzer: „Es werden neue Wege in Lehre und Forschung gegangen mit internationaler Ausrichtung.“ So wolle man die „klügsten Köpfe aus aller Welt anziehen“.

JKU-Rektor Meinhard Lukas zeigte sich erfreut, dass auch die Politik von der Formel „Zwei Universitäten, ein Campus“ überzeugt sei. So gebe es beste Voraussetzungen für Synergien zwischen TU und JKU. (az)

# Streitfall ÖBB-Einhausung Leonding: Neue Gespräche, neue Varianten

Verhandlungspartner nähern sich weiter an – Einigung gibt es aber noch keine

**LEONDING.** Diskutiert wurde über die geforderte Einhausung und Lieferlegung beim geplanten vierspurigen Ausbau der Westbahn in Leonding schon viel – und das seit mehr als einem Jahrzehnt. Rückschlüsse gab es dabei viele (die Causa beschäftigt ja auch die Gerichte), zuletzt standen die Zeichen aber auf Annäherung.

„Meterweise“ rücken die Stadt und die ÖBB respektive das Verkehrsministerium zueinander – zumindest am Papier. Nun liegen zwei neue Varianten für eine Lösung auf dem Tisch.

Zuletzt hatte die Stadt im Vorjahr eine 575 Meter lange Einhausung (ohne Tieferlegung) gefordert, für die ÖBB kam aber nur eine in Länge von 200 Metern infrage. Für Leonding heute wie damals kein akzeptables Szenario: Ihrem Protest verliehen sie mit einer Fahrzeugkette Nachdruck.

Zurück am Verhandlungstisch fand Anfang der Woche nun ein neuerliches Treffen von Vertre-

tern der Stadtpolitik, deren Planer, dem Ministerium und der ÖBB statt. Dort wiederum wurden neue Ansätze diskutiert.

Variante eins: eine 250 Meter lange Einhausung. Variante zwei: eine 525 Meter lange Einhausung.

Für Erstere würden Mehrkosten in Höhe von rund 32 Millionen Euro entstehen, für Zweitere würden diese rund 63 Millionen Euro betragen, wie aktuelle Kostenberechnungen der Stadt zeigen. Kolportierte Kosten für die Basisvariante ohne Einhausung (diese tragen die ÖBB alleine): rund 131 Millionen Euro.

## Knackpunkt Finanzierung

Die Freude darüber, dass nun Bewegung in die Verhandlungen kommt, ist bei der Leondinger Bürgermeisterin Sabine Naderer-Jelinek (SP), die sich selbst als harte Verhandlerin bezeichnet, groß. Nicht zuletzt deshalb, weil vonseiten des Ministeriums zugesichert worden sei, sich an den Mehrkos-

ten für die 250-Meter-Variante zu beteiligen. Hier könnte, sofern es eine finale Einigung gibt, die diskutierte Drittelösung (Bund, Stadt, Land) zum Tragen kommen. Für die 525-Meter-Variante ist die Finanzierung offen, Naderer-Jelinek hofft hier auf Unterstützung vonseiten des Landes. Denn Fakt ist, dass die Stadt die Mehrkosten alleine nicht stemmen kann.

Das Ziel von Naderer-Jelinek ist die längere Einhausungsvariante. Städtebaulich gesehen sei aber bereits die kürzere ein wichtiger (Teil-)Erfolg, sagt sie. Vorgesehen ist, dass die Einhausung so gestaltet wird, dass sie begrünt und für die Freizeit (etwa mit einem Spielplatz) genutzt werden kann.

Bei den ÖBB gibt man sich, angesprochen auf die neuen Entwicklungen, zurückhaltend. Dort ist nur zu erfahren, dass das Ministerium mit einer Kostenschätzung unterstützt worden sei. Dorthin seien weitere Anfragen zu richten. Verhalten ist die Reaktion

auch im Ministerium. Die aktuellen Gespräche über eine „mögliche Einhausung eines Teils der Strecke im Bereich Leonding“ werden bestätigt. Mehr gebe es zum jetzigen Zeitpunkt dazu nicht zu sagen, weiteren Gesprächen wolle man nicht vorgreifen, heißt es weiter.

Und was sagt das Land dazu? Im Büro von Verkehrslandesrat Günther Steinkellner (FP) wird darauf verwiesen, dass im aktuellen Regierungsprogramm eine Finanzierungszusage für ein zwischen der Stadt Leonding und den ÖBB akkordiertes Projekt verankert sei. Aus Sicht des Infrastrukturreports stehe „ein Kompromiss zwischen Leonding und ÖBB für die Umsetzung eines Gesamtprojekts zu Gunsten der Bürger im Zentrum“, heißt es abschließend.

Auf der Agenda von Naderer-Jelinek stehen nun weitere Gespräche (gemeinsam mit Land und Bund) – mit dem Ziel, einer finalen Lösung noch ein Stück näherzukommen. (jp)